

Armutsstrategien und soziale Ungleichheit in der polnischen Gesellschaft

Mathias Wagner

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziale Ungleichheit und Strategien der Akteure. Erfahrungen und Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungs Kooperationen« – organisiert von Mathias Wagner und Wojciech Łukowski

Obwohl unter dem Begriff von Neoliberalismus eine globale Entwicklung gefasst wird, führt deren Umsetzung in den verschiedenen Gesellschaften zu unterschiedlichen Ausprägungen. Beispielhaft finden wir in Polen eine landestypische Ausgestaltung der neoliberalen wirtschaftlichen Ideologie einer marktbeherrschten Gesellschaft. Damit wird deutlich, dass auch eine übermächtige ideologische Strömung die historischen Erfahrungen einer Gesellschaft nicht ignorieren kann. Vielmehr entwickeln sich hybride Formen, in denen historische Gesellschaftserfahrungen in die neoliberalen Konzepte integriert werden und letzteren eine für die jeweilige Gesellschaft spezifischen Zuschnitt geben.

Am Beispiel der polnischen Gesellschaft führt dieser Artikel die Eingangsthese aus. Mit folgenden Schritten werde ich meine These darlegen:

- eine Skizze des zugrunde gelegten Begriffs von Neoliberalismus,
- die historische Ausgangslage wird umrissen,
- und die Hoffnungen des gesellschaftlichen Wandels von 1989/90,
- sowie die Effekte des Transformationsprozesses in Polen werden dargestellt;
- außerdem werden Anmerkungen zum Sozialsystem gemacht,
- um schließlich die Reaktionen der Gesellschaft aufzuzeigen.

Welches Verständnis von Neoliberalismus liegt der Analyse zugrunde?

Hier kann es sich nicht um eine ausführliche Darstellung handeln, sondern das Feld soll nur punktuell erhellt werden. Unter neoliberal verstehe ich den Versuch einer konsequenten Marktorientierung. Angestrebt wird die Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter private und damit individualisierte Wirtschaftsunternehmungen. Gleichzeitig wird von den Individuen die räumliche und inhaltliche Flexibilität verlangt, sich auf dem Arbeitsmarkt den Interessen der Wirtschaftsunternehmen zu unterwerfen. Soziale Bindungen oder berufliche Orientierungen und Präferenzen müssen sich den Unternehmen unterordnen. Um diese Ziele zu erreichen,

wird ein Bündel von begleitenden Strategien gesellschaftlich implementiert, die von den Individuen als quasinatürliche und damit unausweichliche Entwicklungen wahrgenommen werden. Zu diesen Strategien gehörten die Forderung von Aktivierung, wie sie von Lessenich beschrieben wird, sowie die allseitige Beschleunigung, die Rosa ausgeführt hat und die von Dörre analysierte Landnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen (Dörre, Lessenich, Rosa 2009).

Im Rahmen dieser Entwicklung werden auch die persönlichen Lebensbereiche dem Markt unterworfen. Wie der Siegeszug immer neuer Entwicklungen zeigt, werden dabei Lebensäußerungen zu Lebensentäußerungen umgeformt. Facebook ist in dem Kontext ein treffendes Beispiel der marktförmigen Umgestaltung von Freundschaft. Am Horizont neoliberaler Umgestaltungen stehen die Begriffe von Freiheit und Individualität und suggerieren das Versprechen einer Verbesserung der Lebensqualität. In einer von Marktinteressen beherrschten Gesellschaft, deren dominantes Ziel die Freiheit des Individuums ist, erscheint die Sozialgesetzgebung einer Wohlfahrtsgesellschaft als Einschränkung von Freiheit. An diesem historischen Punkt ist die Ideologie zu einem nicht mehr hinterfragten Teil des kulturellen Selbstverständnisses geworden.

Damit haben wir uns zwar schon der polnischen Gesellschaft angenähert, doch ist es notwendig noch einen Blick auf die historische Situation Ende der 1980er Jahre in Polen zu werfen.

Die historische Situation der Systemtransformation

Seit Beginn der 1980er Jahre führte der wirtschaftliche Niedergang des Landes zu politischen Unruhen. Viele Produkte waren nur auf dem Schwarzmarkt zu übersteuerten Preisen erhältlich. 1986 entsprach der Wert von 50 Prozent der Renten eineinhalb Pfund Kaffee auf dem Schwarzmarkt. Mit der Gründung der *Solidarność* war die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verbunden. Gegründet als Gewerkschaftsbewegung entwickelte sie sich zu Beginn der 1980er Jahre zu einer Volksbewegung mit 10 Millionen Mitgliedern, vom Landwirt über den Arbeiter bis zum Betriebsleiter. Nach ihrem Verbot und der Wiedezulassung waren die Mitgliederzahlen 1988 zwar auf 2,5 Millionen geschrumpft, lebendig war aber das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen.

Getragen wurde die *Solidarność* vor allem von den Großbetrieben der Schwerindustrie und der Werften. Deren Idee war eine Vergemeinschaftung der Wirtschaft zum Wohl aller Bürger, hingegen die Privatisierung nicht im Vordergrund stand. Als 1990 die wirtschaftliche und politische Wende eingeleitet wurde, holte man sich jedoch als Berater die als *Chicago boys* bekannt gewordenen Ökonomen neoliberaler Prägung. Mit einer *Schocktherapie* wurde die Wirtschaft privatisiert. In deren Folge entließen gerade die Großbetriebe einen erheblichen Teil ihrer Belegschaft und es entwickelte sich eine ausgeprägte soziale und ökonomische Spaltung, die zudem räumlich gebunden ist. Die Ideen, mit denen die *Solidarność* zehn Jahre zuvor für einen gesellschaftlichen Aufbruch gesorgt hatte, erstickten in einer hohen Arbeitslosigkeit.

Problematisch war diese Entwicklung vor allem aufgrund eines fehlenden Sozialsystems, mit dem Verarmung zu verhindern gewesen wäre. Das polnische Sozialhilfesystem sieht lediglich vor, dass für einen begrenzten Zeitraum ein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht. Der Be-

zugszeitraum richtet sich nicht nach der individuellen Situation des Arbeitslosen, sondern errechnet sich aus der statistischen Arbeitslosenquote in der Wojewodschaft, in der ein Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Diese Vorgehensweise beinhaltet zwei Probleme: Erstens besteht ein großer Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Regionen bezüglich des Umfangs der Arbeitslosigkeit. Da es sich aber immer um den Durchschnittswert einer Wojewodschaft handelt, werden die Bewohner der ländlichen Gebiete benachteiligt. Zweitens werden die individuellen Problemlagen der Arbeitslosen ignoriert. Letzteres wird vor allem zu einem Problem nach dem Ende des Bezugszeitraums von Arbeitslosengeld. Im polnischen Sozialsystem ist keine kontinuierliche finanzielle Hilfe im Anschluss an Arbeitslosengeld vorgesehen. Langzeitarbeitslosen droht eine Verarmung nach dem Ende ihres Bezugszeitraumes von Arbeitslosengeld. So konnten wir in einer Forschung in der Wojewodschaft Ermland-Masuren 2008/2010 beispielhaft an den Familien der Schüler einer Schule feststellen, dass von 249 Familien ohne festen Arbeitsplatz 214 kein Anrecht auf Arbeitslosengeld hatten. Finanzielle Unterstützung erhalten sie im Einzelfall nur zur Linderung aktuell konkreter Notlagen, ohne fortlaufenden Anspruch. Darüber hinaus besteht für Arbeitslose und ihre Angehörigen die Möglichkeit monatlich Lebensmittel im Wert von ca. zehn Euro pro Familienmitglied von der sogenannten Lebensmittelbank kostenlos zu erhalten (Wagner 2011: 76f). 1989 lebten 15 Prozent der polnischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, 2011 lagen die offiziellen Zahlen bei 18 Prozent. 2006 hatten 40 Prozent der unter 24-Jährigen keine Stelle, das waren doppelt so viele wie im EU-Durchschnitt. Vor dem Beginn der Transformation betrug der Gini-Koeffizient zwischen 0,207 und 0,242, er stieg 1995 auf 0,288 und 2011 auf 0,31.

Obwohl in Polen während der letzten 25 Jahre der Lebensstandard gestiegen ist, besteht eine Spaltung zwischen den boomenden großstädtischen Einzugsgebieten und abgehängten ländlichen Regionen. Daher haben Durchschnittszahlen bezüglich Einkommen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung nur einen geringen Aussagewert. 2013 gibt das statistische Amt Polens beispielsweise für Warschau eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent an. 130 Kilometer südlich steigt die offizielle Arbeitslosenzahl auf 37 Prozent und zwischen allen Wojewodschaften schwankt die Arbeitslosenzahl zwischen 10 und 21 Prozent. Anzumerken ist dabei, dass es sich um die offizielle Arbeitslosenzahl handelt, jedoch aufgrund unserer Forschungen von einem erheblich höheren Umfang der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden muss. Im Mikrozensus der Befragung gelten Personen nicht mehr als arbeitslos, wenn sie wenigstens für eine Stunde in der Woche einer Arbeit nachgehen.

In Niederschlesien, unweit der Grenze zu Deutschland verdiente ein Tagelöhner auf dem Bau 2012 zwei Euro pro Stunde. Ein Erntehelfer kam in der gleichen Gemeinde während der Himbeerernte auf neun Euro pro Tag im Akkordlohn und Heimarbeiter konnten für 5 Eurocent pro Kilogramm Zwiebeln für einen weiterverarbeitenden Betrieb schälen (Wagner et al. 2013: 131).

Für die betroffene Bevölkerung bieten sich Auswege in drei Bereichen an:

1. Rückzug in die ländliche Subsistenzwirtschaft,
2. Tätigkeiten im informellen Sektor,
3. Saisonale oder dauerhafte Arbeitsmigration ins westliche Ausland.

Zu Beginn der 1990er Jahre konnte vor allem ein Anstieg der Subsistenzproduktion festgestellt werden. Arbeitslose, die über ihre Familie auf landwirtschaftliche Flächen und Kleinstbetriebe

zurückgreifen konnten, sahen darin eine wirtschaftliche Chance. Im Verlauf der Zeit führte dies aber vielfach ins wirtschaftliche Abseits, da die Betriebe in Anbetracht des EU-Beitritts nicht lebensfähig waren. Gleichzeitig entwickelte sich eine umfangreiche informelle Ökonomie. Sie reicht vom illegalen Abbau von Kohle in Niederschlesien und ihrer landesweiten Vermarktung bis zum Warenschmuggel aus den östlichen Nachbarländern. Den größten Bereich einer Existenzsicherung in Anbetracht von Arbeitslosigkeit bietet die Arbeitsmigration, die zu einem umfangreichen Teil als saisonale Wanderarbeit betrieben wird. Vielfach werden die einzelnen Tätigkeiten miteinander kombiniert, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erreichen. Bei der Arbeitsmigration handelt es sich oftmals um Saisontätigkeiten in der Landwirtschaft oder Gastronomie. Für die Zwischenzeiten besteht häufig eine weitere Einkommensmöglichkeit in der informellen Ökonomie oder der Subsistenzproduktion.

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage nach dem Umgang und den Reaktionen der Gesellschaft, wobei vor allem Tätigkeiten im informellen Bereich, der zudem auch illegale Handlungen umfasst, im Vordergrund stehen.

Gesellschaftliche Reaktionen auf informelle Tätigkeiten

Unabhängig davon, ob es sich bei den einzelnen Tätigkeiten um informelle oder illegale Arbeiten handelt, reagiert die polnische Gesellschaft mit Toleranz. Diese Reaktion bedarf einer Erklärung, da man davon ausgehen kann, dass Steuerhinterziehung über Schmuggel oder Schwarzarbeit, wie sie im informellen Sektor anzutreffen sind, von den staatlichen Organen unterbunden werden soll. Jedoch steht bei der Bewertung die Aktivität der Individuen im Vordergrund, während Fragen der Illegalität in den Hintergrund treten. Allein die Tatsache der selbständigen Existenzsicherung durch Arbeit wird als Ausdruck von Flexibilität geschätzt. Vertreter der staatlichen Administration beschreiben beispielsweise den Warenschmuggel an der Grenze zu Russland als eine akzeptable Form der Aktivierung von Arbeitslosen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, wenn auch Vertreter von Zoll und Grenzschutz den Schmugglern gegenüber mit Nachsicht agieren.

Zu dieser toleranten Haltung gegenüber informellen und illegalen Handlungen tragen zwei Entwicklungen bei. Auf der einen Seite wird hier die Akzeptanz neoliberaler Vorstellungen eines aktiven Individuums deutlich, das selbständig für sein Einkommen in wirtschaftlichen Notlagen sorgt. Diese Form der Individualisierung wird in Polen als Ausdruck von moderner Lebensweise positiv bewertet. Auf der anderen Seite werden in der polnischen Gesellschaft der soziale Zusammenhalt sowie die Forderung nach einer egalitären Gesellschaft, wie sie in den 1980er Jahren von der *Solidarność* angestrebt wurde, als vom Staat zu verwirklichende Ziele angesehen. Unterstützt wird dieser Aspekt durch die lange historische Erfahrung von Unterdrückung und Okkupation. Die daraus entstandene Einstellung, eines Rechts auf Widerstand wendet sich nicht nur gegen fremde Besatzer, sondern schließt auch den Widerstand bei Versagen der Administration ein. Tatsächlich handelt es sich um zwei gegenläufige Bewegungen: Individualisierung auf der einen Seite und die Forderung nach gesellschaftlichen Ausgleich ökonomischer Unterschiede. Der historisch gewachsene Anspruch an die staatliche Verwaltung, einen sozialen Ausgleich in der

Gesellschaft herzustellen, konterkariert die neoliberale Ideologie des aktiven, für sich selbst verantwortlichen Individuums. Arbeitslosigkeit und damit verbundene Armut wird als Versagen des Staates wahrgenommen und berechtigt die Betroffenen dazu, auch illegale Wege der Existenzsicherung zu beschreiten. Das Individuum nimmt in dem Fall sein Recht auf Widerstand wahr und die Gesellschaft begegnet seinen Handlungen mit Toleranz. An diesem Punkt hat die neoliberale Ideologie in Polen eine landesspezifische Form angenommen. Historische Erfahrungen der Gesellschaft wurden von der Ideologie nicht weggeschwemmt, sondern teilweise durch aktuelle Entwicklungen überformt.

Nun darf man an dieser Stelle nicht übersehen, dass die Haltung gegenüber der informellen Ökonomie mit weiteren wirtschaftlichen Effekten verbunden ist. Erweitern wir also noch ein wenig die Perspektive und versuchen die Gewinner dieser toleranten Strategie zu fokussieren. Informelle Ökonomie, Subsistenzwirtschaft und Migration unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung in Polen, da sie notwendige finanzielle Transferleistungen im sozialen Bereich reduzieren. Die Umverteilung von Gewinnen kann innerhalb der Gesellschaft begrenzt werden. Wäre das nicht der Fall, so müssten über Steuern die entsprechenden Mittel zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgebracht werden. Indem dies vermieden wird, wächst das Einkommen privilegierter Schichten, und zugleich öffnet sich die ökonomische Schere zwischen den sozialen Gruppen.

Gleichzeitig sorgen die individuellen wirtschaftlichen Auswege für eine politische Befriedung. Wer sich nach der Wende als Verlierer sah, hatte zumindest die Möglichkeit in informellen und illegalen Wirtschaftsbereichen seine Existenz zu sichern. In den Hintergrund tritt dabei, dass es sich auch um eine individuelle Notwendigkeit handelt. Für die Akteure besteht zumindest die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, selbst wenn sie sich im Verlauf der Zeit als unrealistisch erweist. Aber nicht nur die polnische Gesellschaft profitiert von den Strategien der Arbeitsmigration, Subsistenzwirtschaft und informellen Ökonomie.

Den umfangreichsten Anteil an der Arbeitsmigration nimmt die saisonale Wanderarbeit in die westeuropäischen Staaten der EU ein. Deutschland steht hier vor Großbritannien an erster Stelle als Zielland polnischer Arbeitsmigranten. Das größte Kontingent der saisonalen Arbeitskräfte wird in der Landwirtschaft für jeweils zwei bis drei Monate angestellt. Für die Landwirtschaft der westlichen EU-Staaten besteht das gravierende Problem darin, dass ein großer Teil der Erntearbeiter nicht mechanisierbar sind, aber von einheimischen Arbeitskräften aufgrund der extremen Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten von 5 bis 21 Uhr, Unterbringung in Massenquartieren usw.) nicht attraktiv sind. Mit den polnischen Wanderarbeitern stehen der westeuropäischen Landwirtschaft hoch flexible Arbeitskräfte zur Verfügung, die Niedriglöhne erhalten, keine Ansprüche an Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen etc. stellen und doch eine erstaunliche Leistungsbereitschaft zeigen. Dies ist aufgrund der Umrechnung von Euro in Złoty und der in Polen gegenüber Deutschland, Frankreich oder Spanien niedrigeren Lebenshaltungskosten möglich.

Hier decken sich die Interessen westeuropäischer Landwirte, vertreten durch die EU, und die Praxis der polnischen Gesellschaft. Wie wir oben festgestellt haben, ist für Wanderarbeiter/-innen ein zweites wirtschaftliches Standbein notwendig. Insoweit sie die zweite Einkommensquelle in der informellen Ökonomie finden, besteht von Seiten der EU wenig Interesse informelle Tätigkeiten zu unterbinden.

Am Ende dieser Interpretation lässt sich feststellen, dass die gesellschaftliche Praxis einer neoliberalen Ideologie in Polen nicht losgelöst von den spezifischen historischen Erfahrungen

des Landes erfolgt. Die Praxis führt zu einer ökonomischen und sozialen Ungleichheit und unterstützt die wirtschaftlichen Interessen westeuropäischer Staaten.

Literatur

Dörre, K., Lessenich, S., Rosa, H. 2009: *Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wagner, M., Fiałkowska, K., Piechowska, M., Łukowski, W. 2013: *Deutsches Waschpulver und polnische Wirtschaft. Die Lebenswelt polnischer Saisonarbeiter. Ethnographische Beobachtungen*. Bielefeld: Transcript.

Wagner, M. 2011: *Die Schmugglergesellschaft. Informelle Ökonomien an der Ostgrenze der Europäischen Union. Eine Ethnographie*. Bielefeld: Transcript.